

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeilen kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Anserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 1.

Sonntag den 4. Januar.

1902.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Gesichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zum neuen Jahr.

Sei die Manneshand geboten
Allen Stolzen allerwegen,
Die im Licht, im morgenroten,
Noch die Stirne tragen mühen!
Die noch heben stolz den Nacken
Trotz der hochgeschwungenen Keule;
Die noch ragen aus den Schlacken
Eine hohe Feuerfäule.

Sei die Manneshand gebrüdet
Allen Braven, allen Treuen,
Die noch halten unverrückt
Zur Standarte sonder Scheuen
Allen braven, treuen Männern
In der Zeit des Wanfelmutes,
Allen offenen Bekennern
Bis zum letzten Tropfen Blutes.

Sei die Manneshand geschüttelt
Neuen draus in fremden Landen,
So der Frost und Hunger rüttelt,
Den Verfolgten und Verbannten,
Denen, so die Kerker füllen,
Die da lebend sind begraben,
Die da um der Freiheit willen
Ihre eigene Freiheit gaben.

Ruhm und Ehre unsern Toten!
Unsern Tapfern, unsern Braven,
Die da heiligen den Boden,
Wo sie fielen, wo sie schlafen.
Diesen Räubern auch im Märtyrertum
Decken auch im Lenze Blüten!
Woh! im Gras ob euerem Herzen
Eine Frühlingserde brüten!

Und so sei auch du gegrüßet,
Neues Jahr im Hoffnungsalbe!
Was du bringst, was dir entprießet,
Ist es Palme oder Lanze?
Wie es komme, wie du ringest
Mit der Palme, mit dem Eisen:
Wenn du uns die Freiheit bringest,
Sollst du unser Heiland heißen!

Zum Neujahr 1852 sang Friedrich Stolze, der Mann der „Frankfurter Laternen“, diesen Gruß zur Jahreswende. Es war damals eine „konfiszierte“ Zeit, wie Schiller in der Sprache seiner Jugenddramen gesagt haben würde; die Anspielungen in dem Stolzeschen Neujahrswunsch reden deutlich genug davon!

Aber paßt denn dann unsere literarische Wiedererweckung des Stolzeschen Liedes in das gesegnete Jahr des Heils 1902, das zweite eines neuen Jahrhunderts?

Leider: Ja und zehnmal ja!

Untröstlich ist's noch allerwärts!

Wenn ich einen Vergleich ziehen soll, so verhält sich unser derzeitiger Zustand im wirtschaftlichen und politischen Leben des deutschen Volkes zu dem in jenen Jahren der brutalsten Reaktion wie unser moderner „bewaffneter Friede“ (mit obligater Kolonial- und Weltpolitik, bei der's ohne Massakres doch auch nicht abgeht!) zu einem offen und offiziell erklärten frisch-frömm-fröhlichen Krieg.

Gefräßiger wie je reißt der Moloch des Militarismus und Marinismus mit dem begehrlichen Junkertum und Geldprokurentum um die Wette seinen allverschlingenden Rachen auf.

Die „geniale“ Politik des Bismarck-Imitators Bernhard von Bülow, Hand in Hand gehend mit dem vom Bunde der Industriegewaltigen mit 12 000 Mk. „subventionierten“ Marquis Bosa-Dowstky haben alle sozialen Reformen im Innern so ziemlich auf das tote Gleis fahren lassen, und die äußere Politik mit Ruhm und Glanz — Suchhe! — kostet uns etliche Hundert Menschenleben, etliche Hundert Millionen bares Geld, das wir — so der Gott der Schlachten und der verschiedenen Staatsweisheiten will! — in 30 Jahren wieder kriegen sollen!

Wenn wir sie nur schon hätten! —

Nun ist die Krise da, verschärft durch die Geldbeschaffungspläne der weisen Reichsregierung in ihrem Zolltarifenwurf, der uns in die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe verstricken muß, und dies auch schon zum Teil recht gründlich besorgt hat.

Das Ausland hält zurück mit seinen Aufträgen, auf die unsere Industrie angewiesen ist, und zieht zum Teil schon aufgegebene Bestellungen zurück.

Störungen, Arbeitsmangel, Not und Elend für Millionen armer Teufel beider Geschlechter und jeden Alters sind die naturnotwendigen Folgen davon.

Und es steht ganz und gar nicht zu erwarten, daß die Regierungsgewaltigen bis zum neuen Jahre den Stein der Weisen entdecken, Buße thun in Saß und Nische und sich umkehren werden wie ein Schuh — was unerlässlich notwendig wäre, wenn's besser werden soll im deutschen Volke!

Also ist's an diesem selbst, sich zu retten und zu erlösen.

Auf einer Tagung des Bundes der Landwirte zu Frankfurt a. D. erklärte Graf von Loen, wir brauchen den Zollkrieg mit Amerika, England, Rußland . . . Kurz, mit dem gesamten Ausland keineswegs zu fürchten, wenn nur Graf von Bülow „druff drücken“ wollte, — wie die Berliner sagen.

Und diese Gesellschaftsklasse, der der volkswirtschaftlich so ungelahrte Graf von Loen angehört, beeinflusst maßgebend die preußische Regierung; und diese wieder im Bundesrat, im Post- und Militärwesen direkt, und auf tausend unsichtbaren Wegen indirekt die Reichspolitik.

Wir wissen also ganz genau, wie wenig Gutes das deutsche Volk von der Reichsregierung zu erwarten hat.

Und es ist gut so, daß der Aberglaube an die ganz bestimmt „von oben“ zu erwartende Hilfe endlich ganz in die Krumpe geht! Es ist gut so, daß das Volk, insonderheit die Arbeiterklasse, erkennt, daß sie nur allein und lediglich auf sich selbst angewiesen ist im Kampfe um durchgreifende Reformen, um wahrhaftige und wirkliche Befreiung aus politischem und wirtschaftlichem Gelotentum!

Das heraufziehende neue Jahr wird wiederum harte, erbitterte Kämpfe bringen, vielleicht schwerere, wie sie die letzten Jahre her gewesen sind.

Furchtbar schwer geht den Köpfen unserer Reichen und Mächtigen die Lehre von der Gerechtigkeit und Billigkeit ein, die sie auch dem Letzten im Volke schuldig sind. Sie können und wollen zum Teil nicht begreifen, daß Zustände, die ihnen auf den Leib geschnitten sind, nur durch Lüge, Gewalt und Unrecht aufrecht erhalten werden können.

Die wirklichen Gesetze der Kulturentwicklung der Menschheit können oder wollen sie nicht begreifen. Sie sehen nicht ein, daß wir wiederum einmal auf einem Standpunkt angelangt sind, wo ein Ausgleich zwischen dem überfüllten Luxus weniger und dem bitteren Mangel der vielen — der „Alzubielen“ sagen die Nachtreter des „Herrenmoral-Philosophen“ Friedrich Nietzsche! — stattfinden muß!

Das ist die Signatur des beraufdämmernden neuen Jahres!

Was die ziel- und klassenbewußte Arbeiterschaft bei sethmer Lage der Dinge zu thun hat, weiß sie. Wenn Kant sagt: „Recht ist das, was allgemeines, alle verbindendes Gesetz zu werden verdient“, so kann dieses ideale Recht nur von unten auf geschaffen werden dadurch, daß die zur Zeit Rechtlosen oder in ihren Rechten — politischen und wirtschaftlichen Rechten — Verkümmerten eine ihrem idealen Recht entsprechende Macht erlangen, vermittelt deren sie eben diese idealen, geträumten, gehofften, gewünschten Rechte realisieren, verwirklichen.

Das geschieht allein und lediglich — das ist und bleibt unser A und O! — durch unentwegtes, treues Festhalten an ihren Organisationen, so weit sie denselben bereits angehören, und durch Gewinnung ihrer leider noch so zahlreichen, immer noch unaufgeklärten Leidensgefährten für diese Organisationen.

Daß diese Erkenntnis bald, recht bald in allen Arbeiterköpfen Eingang finden möge! — das ist unser inbrünstiger Wunsch zum neuen Jahre!

Viel Glück ins Feld zum neuen Jahre allen denen, fern und nah, Männlein und Weiblein, die darin mit uns Eines Herzens und Eines Willens sind!

Tell.

Der Kampf gegen die englischen Gewerkschaften.

In einem Jahresrückblick wird dem Vorwärts über das Vorgehen der höchsten Behörden gegen die englischen Trade-Unions folgendes geschrieben:

*) Geloten hießen die von den dorischen Spartanern jochten und verflachten Ureinwohner des Landes Lakonien, Landschaft des alten Griechenland.

Als das wichtigste Ereignis des Jahres muß ohne Zweifel der Angriff auf den Trades-Unionismus betrachtet werden. Hier treten die Tendenzen des „neuen und fremdartigen“ Englands am klarsten in die Erscheinung. Nach 25 Jahren der unbeschränkten Herrschaft des gewerkschaftlichen Freibriefes wurden richterliche Einhaltsbefehle gegen friedlich geführte Streiks als gesetzlich erklärt und die Gewerkschaften, im Falle von Zuwiderhandlungen, korporativ haftbar gemacht. Dieses von den Lordrichtern am 22. Juli 1901 gefällte Urteil besitzt die Kraft eines verfassungsmäßig gemachten Gesetzes. Daß dieses Urteil ganz der Stimmung der herrschenden Klassen entspricht, beweisen auch die gegen die Gewerkschaften gerichteten scharfen Artikel der Times vom November und Dezember 1901. Das parlamentarische Komitee des Trades-Unionskongresses beschloß, in der nächsten Session des Parlaments eine Novelle zum Gewerkschaftsgesetz einzubringen.

Es ist für englische Verhältnisse charakteristisch, daß die Ausarbeitung und Vertretung dieser Novelle in die Hände von vier Liberalen gelegt wurde. Die Arbeiterabgeordneten haben vorläufig gar nichts damit zu thun. Es ist indes zweifelhaft, ob das Parlament Zeit finden wird, sich mit der Novelle noch im Jahre 1902 zu beschäftigen. Mittlerweile haben mehrere Gewerkschaftsprozesse und werden wohl noch lange der Entscheidung harren. Nicht einmal der Taffhal-Prozess, mit dem die Verschärfung des Trades-Unionismus eröffnet wurde, ist zu Ende geführt. Und hauptsächlich ist es die Möglichkeit der Prozessierung und nicht die Lordsentscheidung an sich, die auf die Gewerkschaften abschreckend wirkt. Die sehr geringe Zahl industrieller Kämpfe in den letzten Monaten ist zum großen Teile auf die gesetzliche Unsicherheit zurückzuführen. Andererseits ist es erfreulich, wahrzunehmen, daß die größeren Gewerkschaften langsam erwachen und aus dem Urteile die politischen Konsequenzen zu ziehen beginnen. Jedoch können wir uns in dieser Beziehung einem Optimismus nicht hingeben. Die englische Bourgeoisie hat das Herrschen über die Arbeiter noch nicht verlernt.

Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt im Jahre 1901.

A. C. Das zur Reize gegangene erste Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts war auch für die deutsche Arbeiterwelt ein Jahr des Niederganges und stand in schneidendem Gegensatz zu seinen Vorgängern. Unmittelbar nachdem die Arbeitslosigkeit im Jahre 1895 zum Gegenstande amtlicher Zählung gemacht war, hatte eine Belebung der Industrie begonnen, die für den Arbeitsmarkt von den erfreulichsten Folgen war. In den Jahren 1896 und 1897 war die Arbeitslosigkeit in beständigem Schwünge begriffen; 1898 war von Klagen darüber nicht mehr die Rede; 1899 wurde statt dessen bereits einmal (im September) im Durchschnitt der öffentlichen Arbeitsnachweise Deutschlands ein Unterangebot von Arbeitern notiert. Während in der ersten Hälfte 1900 sich diese Erscheinung sogar in zwei Monaten (März und April) wiederholte und verstärkte, stand schon die zweite Hälfte unter dem Zeichen eines steigenden Andranges von Arbeitssuchenden. Dieser Andrang steigerte sich in dem ganzen Verlaufe des Jahres 1901, so daß im Oktober bereits um jede offene Stelle sich zwei Arbeitssuchende drängten und selbst diese Zahl im Laufe des November sich noch steigerte. Vergleicht man, wie viel Arbeitssuchende an den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands sich auf je 100 offene Stellen in den ersten elf Monaten meldeten, so schwankt diese Vergleichszahl im Jahre 1899 zwischen 98,3 (September) und 194,4 (Januar), im Jahre 1900, das die schärfsten Abweichungen aufweist, zwischen 93,4 (April) und 169,3 (November); im Jahre 1901 hingegen bewegen sich die Zahlen nur noch in der bedenklichen Höhe zwischen 122,2 (März) und 223,9 (November). Setzt man die Zahlen der Beschäftigten nach den Mitgliederlisten der Krankenkassen, soweit diese uns vorliegen, in der Blütezeit der deutschen Industrie (Juni 1900) = 100, so wäre sie Ende 1900 auf 97,0 Prozent und am 1. Dezember 1901 auf 94,5 Prozent ihrer damaligen Höhe zurückgegangen. Der Rückgang von mehr als 5 Prozent bei den Krankenkassen ergibt, auf 7 Mill. gewerblicher Arbeiter berechnet, 385 000 und zusammen mit dem arbeitslos gebliebenen Nachwuchs z. etwa eine halbe Million Arbeitsloser, die gegen Ende des Jahres im deutschen Reiche anzunehmen sind. Nur ein erfreuliches haben diese Ziffern: daß ihre seit einiger Zeit vermüht betriebene Veröffentlichung die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und das Gewissen geschärft hat. Die Zahl der Arbeitslosen würde sehr viel größer sein, wenn nicht in der die-maligen Krise ein großer Teil der Arbeitgeber bequemerweise aber auch sehr verhängnisvollen Arbeiterentlassungen

vorgezogen hätte. Die Organisation des Arbeitsnachweises, so unvollkommen sie in Deutschland auch noch ist, hat doch schon dazu beigetragen, entlassenen gewerblichen Arbeitern Stellen auf dem Lande zu verschaffen oder die Arbeitslosen in höherem Grade als früher wenigstens einer gelegentlichen Beschäftigung zuzuführen. So erklärt es sich, daß die Zahlen der Invalidenversicherung, in denen beim Marktenleben jede auch noch so vorübergehende kleine Beschäftigung zum Ausdruck kommt, ein ganz besonderes Aussehen als die obigen haben. An den 28 von den 31 Versicherungsanstalten, deren Zahlen veröffentlicht sind, haben sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 1900 die regelmäßigen Monatseinnahmen von 7,8 auf 10,7 Millionen Mark gesteigert. Im Jahre 1901 waren in jedem dieser Monate die Einnahmen größer als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres und stiegen von 9,0 Millionen Mark im Januar bis auf 11,0 im Oktober. Wenn also eine Reihe kleiner Hilfsmittel dem Glend der Arbeitslosigkeit entgegenwirken, so ist freilich auf der anderen Seite zu betonen, daß die ganze Fülle der Entbehrungen, die mit der kritischen Wendung in unserem wirtschaftlichen Leben verbunden ist, sich nicht in der Arbeitslosigkeit erschöpft. Auch die in ihren Stellen bleibenden Arbeiter haben gegenwärtig bereits zum größten Teil unter Verminderungen ihres Lohneinkommens zu leiden. Dieses Moment ist für den Warenmarkt von noch größerer Bedeutung als für den Arbeitsmarkt. Wenn, statt 1000 Arbeiter zu entlassen, die Unternehmer 6000 je einen Tag in der Woche feiern lassen, so bedeutet dies für den Arbeitsmarkt einen höchst erfreulichen Unterschied. Für den Warenmarkt erscheint jedoch auch in dem letzteren Falle die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung um so viel geschwächt, wie der Lohnausfall beträgt. Unter der sinkenden Verbrauchsfähigkeit der Massen hat gegenwärtig bereits die deutsche Industrie zu leiden. Die Textilgewerbe beispielsweise haben, wie früher an der Blüte, so gegenwärtig an dem Niedergang nicht in ganz Deutschland teilgenommen. In großen Gebieten sind noch jetzt Ansätze zu einer Aufwärtsbewegung vorhanden. Aber diese Ansätze fallen in eine Zeit, in der wegen des Daniederliegens anderer Industriezweige der Lohn und damit die Konsumfähigkeit der Arbeitermassen im Rückgang begriffen ist. Die Industrie der Metalle und Maschinen, von der die Krisis ausgegangen ist, hatte in dem abgelaufenen Jahre nach zwei Fronten hin zu kämpfen: zuerst gegen die Syndikate, die ihnen die Rohstoffe verteuerten, sodann gegen die sinkende Kaufkraft ihrer Abnehmer. Der letztere Umstand wird entscheidend bleiben, und er wirkt rückwärts preisdrückend zuerst auf die Fabrikate und schließlich auf die Rohstoffe; eine voraussehende Syndikatspolitik hätte dem aber zum Teil vorbeugen können. An der Börse sind die Industriepapiere, nachdem sie im zweiten und dritten Vierteljahr heruntergegangen waren, gegen Ende des vierten wieder gestiegen. Leider hat dies nicht die Bedeutung, daß inzwischen eine Besserung eingetreten, sondern nur, daß von den schlechten Ausichten früher wohl etwas zu viel vorweggenommen war; wie die Börse durch die großen Bankzusammenbrüche sich anfangs zu sehr hatte einschüchtern lassen. Eher kann eine gewisse Hoffnung darauf begründet werden, daß die Krise nicht alle Geschäftszweige ergriffen hat. In dem Gewerbezweige, in dem Deutschland unbestritten den ersten Rang unter allen Ländern der Erde einnimmt, in der chemischen Industrie war auch noch am Ende des Jahres der Geschäftsgang zufriedenstellend. Die Papierindustrie war lebhaft bei hohen, gewinnbringenden Preisen. Bei allen Schwierigkeiten, unter denen Holzhandel und Holzindustrie im allgemeinen litten, war doch das Möbelgewerbe noch überwiegend befriedigend. Aus der Lederindustrie hörte man keine erheblichen Klagen. Die Zuckerrüben hatten wenigstens zum Teil erhebliche Arbeit. Alles dies kann aber das Daniederliegen in den ihrem Umfange nach maßgebenden Erwerbszweigen — Metalle und Maschinen, Baugewerbe, überwiegend auch Textilgewerbe — nicht aufwiegen.

Rundschau.

Die Polizei auf dem Kriegspfade gegen die Gewerkschaften. Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Dietrichsdorf des deutschen Werftarbeiter-Verbandes, Ernst Bade, hatte von der Polizeibehörde einen Strafbefehl erhalten, weil er es unterlassen hatte, eine in einer Mitgliederversammlung vorgenommene Aenderung im Vorstand polizeilich anzumelden. Am 5. November verhandelte auf erhobenen Einspruch hin das Schöffengericht über die Sache. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle erklärte in der Verhandlung, daß der Verband sich überhaupt nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige und demnach nicht als ein politischer Verein angesehen werden könne. Ferner berief er sich darauf, daß das Vereinsgesetz den Vorstand nicht verpflichte, die Wahl des Vorstandes oder Aenderungen bei demselben der Polizeibehörde mitzuteilen. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung. Die Amts-anwaltschaft legte jedoch gegen das Erkenntnis Verufung ein. Freilich erfolglos! Das Landgericht schloß sich dem Urteil der ersten Instanz an. Die Polizei sei auch bei einem politischen Verein nicht berechtigt, über alles Auskunft zu verlangen. Bei Veränderungen der Mitgliederlisten und Statuten läge für den Vorstand eines solchen Vereins die Verpflichtung zur Anmeldung vor, nicht aber bei einer Aenderung im Vorstande. Es mußte deshalb Freisprechung erfolgen. Ferner wird bestimmt, daß die Staatskasse dem Angeklagten die baren Ausgaben und die Anwaltskosten zu ersetzen hat, da das weitere Verfahren nur auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgt ist.

Statistik der Streiks und Aussperrungen in Deutschland im 3. Quartal 1901. Das soeben erschienene vierte Heft der Vierteljahrshefte der Statistik des deutschen Reiches (Berlin, Pustkammer und Mühlbrecht) teilt mit, daß im 3. Quartal dieses Jahres in Preußen 127 Streiks begonnen und, da 54 noch vom 2. Quartal herüberliefen, 162 beendet worden sind. Davon wurden 1420 Betriebe erfaßt und 476 kamen zum völligen Stillstand. Diese Betriebe beschäftigten insgesamt 22 788 Arbeiter, davon streikten 11 386 und 1954 Arbeiter wurden dadurch zum Feiern gezwungen. Nur 29 Ausstände hatten vollen, ebenso viel teilweisen Erfolg, 103 aber mißlang. Im ganzen Reich liefen vom 2. ins 3. Quartal 82 Streiks hinüber, 216 wurden neu begonnen und 274 beendet. Die Zahl der betroffenen Betriebe betrug 2008 mit 40 853 Arbeitern, zum völligen Stillstand kamen 561. Im ganzen streikten 17 871 Arbeiter und 2662 wurden in Mitleidenschaft gezogen. Nur 44 Streiks hatten vollen, 73 teilweisen, 156 keinen Erfolg. Weit-aus die meisten Ausstände (90) kamen im Baugewerbe vor, die nächst hohen Ziffern weisen die Industrie der Steine und Erden (31) und der Holz- und Schnitzstoffe (20) auf. Die meisten Ausstände waren ziemlich unbedeutend; umfangreich war eigentlich nur der Streik der Flaschenmacher. Die

sinkende Konjunktur machte sich im 3. Quartal schon stark geltend, im 4. Vierteljahr trat sie noch mehr hervor. Während noch im Oktober das Streifverzeichnis des Arbeitsmarktes 26 Ausstände aufführte, wurden im November nur noch 13 gezählt; eine größere Arbeitseinstellung hat im November überhaupt nicht stattgefunden. Die jetzige Geschäftslage verbietet allerdings ein aggressives Vorgehen von selbst, nicht minder tragen in den einzelnen Gewerkschaften eingeführte strengere Streifreglements, die auf dem nächstjährigen allgemeinen Kongreß der der Hamburger Generalkommission angegliederten gewerkschaftlichen Centralverbände noch verschärft werden dürften, sowie die Tarifvereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu diesem Rückgange bei.

Schwarze Listen. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung veröffentlicht eine schwarze Liste von der kaiserlichen Werk in Kiel. Sie enthält die Namen von 51 Arbeitern, die „zur Entlassung in Vorschlag gebracht werden“. In der Rubrik Bemerkungen lehren am häufigsten die Worte „faul und frech“ wieder, öfter heißt es auch „Aufwiegler“, „Bummelant“ und anderes mehr.

Gegen Dänen und — Gewerkschaften! Auf einen neuen Trick der Dänenbekämpfung ist — ob mit oder ohne höhere Inspiration, bleibe dahingestellt — der Herr Bürgermeister von Apenrade verfallen. Er hat an alle Filialen der dortigen Gewerkschaften folgendes Schreiben geschickt:

Nach dem Vereinsgesetz vom 11. März 1850 sind alle Preußen berechtigt, sich zu versammeln und sich zu Vereinen zusammenzuschließen. Ein gleiches Recht steht den Ausländern nicht zu.

Sie werden deshalb aufgefordert, die in Ihrem Verband als Mitglieder etwa vorhandenen Ausländer von der Mitgliedschaft auszuschließen und innerhalb acht Tagen neben der vorschriftsmäßigen Anzeige hinsichtlich der ausgetretenen Mitglieder in Gemäßheit des Schlußsatzes des § 2, 1 des Vereinsgesetzes Auskunft darüber zu erteilen, ob dann Ausländer im Verband als Mitglieder vorhanden sind.

Rickmers.

Der neue Text wäre, wenn er gesetzlich zulässig wäre, in der That eine hübsche Waffe gegen die dänischen Arbeiter sowohl, wie gegen die Gewerkschaftsfilialen des nord-schleswigischen Grenzbezirks, zu deren Mitgliedschaft die dänischen Arbeiter erfreulicherweise einen nicht unerheblichen Prozentsatz stellen. Leider nur hat den Herrn Bürgermeister im Eifer des heiligen Doppelkampfes gegen den äußeren und inneren Feind die Gesetzeskenntnis im Stiche gelassen, worüber ihn das Kieler sozialdemokratische Organ eingehend belehrt.

Im Vereinsgesetz befindet sich nirgends die Bestimmung, daß nur Preußen das Recht hätten, öffentliche Versammlungen zu besuchen oder Vereinen anzugehören.

Die Artikel 29 und 30 der Verfassung — sofern der Herr Bürgermeister das Vereinsgesetz mit der Verfassung verwechselt haben sollte — sprechen allerdings davon, daß „die Preußen“ das Recht besitzen, sich in geschlossenen Räumen zu versammeln und in Gesellschaften, wie den Strafgefangenen nicht zuwider laufen, zu vereinigen. Nirgends ist aber in der Verfassung davon die Rede, daß Ausländern dies Recht nicht zustehen, vielmehr ist bezüglich der Einzelheiten auf das Gesetz, eben das Vereinsgesetz, hingewiesen. Bis jetzt ist es denn auch keiner der durch scharfsinnigste Gesetzesauslegungen sich auszeichnenden behördlichen oder richterlichen Instanz eingefallen, dies gute Recht der Ausländer anzuzweifeln. Dem Herrn Bürgermeister von Apenrade bleibt der freilich noch strittige Ruhm des Bahnbrechers.

Aber die Verfügung des Herrn Bürgermeisters ist noch aus einem anderen Grunde gesetzwidrig. Selbst wenn das preussische Vereinsgesetz den Ausländern das Recht, Vereinen anzugehören, streitig mache, so würde dies Hindernis durch den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung hinweggeräumt werden, der alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen u. wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufhebt!

Das bezeichnete Kieler Blatt fordert deshalb die Gewerkschaften in Apenrade auf, das bürgermeisterliche Schreiben einfach zu ignorieren. Die Rechtsbefehlung des Blattes wird jedenfalls genügen, den Herrn Bürgermeister davon zu überzeugen, daß das Probieren einer richterlichen Entscheidung sein originelles Vorgehen nur verschlimmern könnte. Der Versuch des Stadtoberhauptes verdient nichtsdestoweniger gebührt zu werden.

Zu der Aufforderung der Polizeibehörde in Apenrade, die Ausländer aus dem Fachverein auszuschließen, haben die Ortsvereine des Fabrikarbeiterverbandes, des Holzarbeiterverbandes und des Buchdruckerverbandes in Versammlungen beschloßen, der Aufforderung nicht nachzukommen. Der Buchdruckerverband hat folgende Gründe angegeben: 1. es entzieht sich unserer Kenntnis, was die Polizeibehörde unter dem Begriffe „Ausländer“ versteht; 2. hält der Ortsverein es nicht für seine Pflicht, sich nach dem Unterthanenverhältnis der Mitglieder zu erkundigen, und 3. in dem Statut des Verbandes deutscher Buchdrucker, dem auch der Ortsverein angehört, heißt es ausdrücklich, daß ein jedes Mitglied des Verbandes verpflichtet ist, dem Ortsverein seines Beschäftigungsortes anzugehören. — Die Verbände haben beschloßen, bei Belegung mit Strafen die Sache bis zur höchsten Instanz durchzuführen.

Hält man das für möglich? Die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, daß der Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zu leisten hat, sollte wohl fast jeder Arbeitgeber — und sei er der beschränkteste — kennen. Trotzdem existiert eine — Kommune, die frisch und fromm den bei ihr beschäftigten Arbeitern den gesamten Beitrag vom Lohn abzieht. Das ist die Stadt Varel. Die Redaktion unseres Oldenburger Parteiblattes teilt mit, daß ihr kürzlich das Quittungsbuch eines städtischen Arbeiters in die Hände gefallen sei, woraus sie ersehen konnte, daß dem Manne seit drei Jahren der volle Beitrag zur Krankenkasse abgezogen wurde. Auf Veranlassung der Redaktion wird nun versucht werden, von der Stadt das zu viel gezahlte Geld zurück-zuerhalten. Daß so etwas vorkommen kann, das ist ein starkes Stück. Noch schlimmer ist es aber, daß es Arbeiter giebt, die sich so etwas gefallen lassen.

Militärische Disziplin im Arbeitsverhältnis möchten ja unsere Scharfmacher-Unternehmer schon lange gerne einführen und es giebt bereits Betriebe, wo der Arbeiter, wenn er von einem Vorgesetzten angedeutet wird, stramm zu stehen hat. Jetzt ist nun in Köln vom Kriegsgericht ein Urteil gefällt worden, das diesem Unternehmerradeal entspricht. Bekanntlich stehen am Tage der Kontrollversammlung die Kontrollpflichtigen den ganzen Tag unter den Militärgeheulen. Es begab sich nun in Köln, daß ein Fabrikbeamter, der in dem militärischen Range eines Unteroffiziers stand und ein früherer Arbeiter der Fabrik, der aber nur ganz gewöhnlicher Gemeiner war, an einem Tage zur Kontrollversammlung gingen und daß der Arbeiter, als er einen über den Durst getrunken, an seinen ehemaligen Fabrikvorgesetzten die Frage stellte, warum er ihn seiner Zeit entlassen. Er rebete ihn dabei mit dem vertraulichen „Du“ an, soll ihn auch angestochen haben und auf Befehl nicht weggegangen sein. Das war also mündliche und thätliche Beleidigung und Nichtbefolgung eines Befehls. Der schwer gekränkte Herr Unteroffizier und Fabrikbeamte meldete die schweren Vergehen und das Kriegsgericht beurteilte den Arbeiter wegen Beleidigung und Ungehorsams zu vier Wochen Arrest. Die Vorhaft von vier Wochen — der schneidige Unteroffizier hatte den Gemeinen sofort nach den Unthaten verhaften lassen — wurde nicht einmal eingerechnet.

Das kann ja herrlich werden. Wenn irgend ein Fabrikdirektor oder so etwas ähnliches, der eine Charge beim Militär bekleidet, einen vielleicht „unbotmäßigen“ Arbeiter strafen will, dann braucht er bloß den Tag der Kontrollversammlung auszunützen und er kann ihn unter Umständen hart hineinlegen. Neben Gefängnissen und Kirchen sind Fabriks- und Militärfestern die Gebäude, die unsere Reaktionen am meisten lieben. Es wird schließlich noch so weit kommen, daß man anstatt der Arbeitsordnung die Kriegsartikel in den Fabriksfälen anschlügt — wenigstens für den Tag der Kontrollversammlung.

Wie der Zolltarif den Arbeitern die Zeit verteuert, das geht aus folgender von der Züricher Arbeiterstimme gemachten Aufzählung hervor. Der Durchschnittswert der schweizerischen Uhren, die nach Deutschland exportiert werden, beträgt nach der Statistik:

Für eine Metalluhr	4.14 Franken
„ „ Silberuhr	11.87 „
„ „ goldene Uhr	84.— „

Infolgedessen würde der Zoll nach dem neuen Tarif, über den im deutschen Reichstag debattiert wurde, folgenden Prozentsatz betragen:

Für eine Metalluhr 1.25 Mk. neuer Zoll = 30 Prozent des Wertes.

Für eine Silberuhr 1.90 Mk. neuer Zoll = 16 Prozent des Wertes.

Für eine goldene Uhr 3.75 Mk. neuer Zoll = 4 1/2 Prozent des Wertes.

Die Metalluhren haben also den Löwenanteil vom Zoll zu tragen und es ist somit die Arbeiterklasse, welche bei dieser indirekten Besteuerung am meisten herhalten muß.

Der Uhrenhandel in Deutschland liegt in den Händen von 150 Großfirmen und 22 000 Uhrmachern und Goldarbeitern.

Es kommt nämlich noch in Betracht, daß die deutsche Taschenuhrenproduktion höchstens 5 Prozent des Bedarfes des Inlandsmarktes deckt.

So sorgt man im deutschen Reiche dafür, daß der reiche Faulenzer billiger wekommt, wenn er an seiner goldenen Uhr nachsieht, wie er „dem lieben Gott die Tage wegstiehlt“, als der Arbeiter, der an seiner Metalluhr ziemlich genau die Minute feststellen muß, bis zu welcher er an die für die Reichen verrichtete Arbeit gebunden ist.

Frauenarbeit und Kindersterblichkeit. Interessant ist eine Tabelle, die Dr. G. Reid nach der Zahl der in den Fabriken von Städten in Staffordshire beschäftigten Frauen und der jährlichen Kindersterblichkeit in diesen Städten mittelt.

Bei der Arbeit sind beschäftigt	Viele	Weniger	fast keine Frauen
Bevölkerung nach der Zählung von 1901 in Städten mit Einwohnern:	147 281	198 955	182 864
Kinder unter 1 Jahre starben auf 1000 Geburten, 1881—1890:	195	166	152
1891—1900:	211	177	167

Es fand demnach eine allgemeine Zunahme der Kindersterblichkeit im letzten Decennium statt. Zwischen den einzelnen Gruppen von Städten hat sich aber das selbe relative Verhältnis in Bezug auf die Kindersterblichkeit im letzten wie im vorletzten Jahrzehnt erhalten; je weniger Frauen beschäftigt wurden, um so geringer war die Mortalitätsziffer der Kinder.

Dr. Reid plädiert für eine Beschränkung der Frauenarbeit wenigstens soweit, daß die Mutter drei Monate nach der Entbindung erst zur Arbeit zugelassen werden darf.

Die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter in Deutschland hat sich nach den Mitteilungen der Vierteljahrshefte zur Reichsstatistik von 1899 zu 1900 bedeutend vermehrt. Sie wuchs in diesem Jahre von 295 145 auf 334 847, also um fast 40 000 oder beinahe 14 Proz. Dabei hat sich auch die Zahl der unglücklichen Kinder in noch weit stärkerem Maße vermehrt, die dank der Mangelhaftigkeit der Gewerbe-Ordnung und dank der in einigen Teilen Deutschlands noch bestehenden ungenügenden Schulpflicht schon vor dem 14. Lebensjahre in das Joch der Fabrikarbeit gespannt werden. Solcher Kinder gab es im Jahre 1899 7408 und im Jahre 1900 9347, so daß ihre Zahl sich um fast 25 Proz. vermehrte.

In solchem Maße hat sich die Zahl der Fabrikarbeiter im allgemeinen nicht entfernt vermehrt.

Eine neue Methode, Arbeit zu erhalten, haben die Arbeitslosen Wiens erdacht. Sie gehen in Scharen vor die Fabriken, die mit Ueberstunden arbeiten lassen, und fragen um Arbeit an. In den Werkstätten der Oesterreichisch-Ungarischen Staatseisenbahngesellschaft gelang es einem aus 200—300 Mann bestehenden Trupp von Metallarbeitern, die Zulieferung zu erhalten, daß die Ueberstundenarbeit eingestellt werden würde. Da sich die Arbeitslosen bei dieser Massenanschau vollständig ruhig verhalten, so haben bisher Polizei und Militär, die immer bereit gehalten werden, nichts zu thun bekommen. Schlimm genug übrigens, daß die Staatswerkstätten erst durch die Arbeitslosen auf das Unsoziale der Ueberarbeit bei der großen Arbeitslosigkeit aufmerksam gemacht werden mußten.

Ueber die Einführung der Proportionalwahl zum Gewerbegericht wurde jüngst im Frankfurter Stadtverordnetenkollegium verhandelt. Obwohl Stadtrat Dr. Fleisch sich tüchtig dafür ins Zeug legte und die sozialdemokratischen Gewerkschaften, gegen die sich nach Ansicht der Gewerkschaftsschichten dieses Systems angeklagt richten soll, sich durchaus zumimmend geäußert hatte, wurde der Proporz von der Stadtverordnetenmehrheit doch abgelehnt — aus Angst, es könnten sozialdemokratische Arbeitgeberbeißer gewählt werden. Unseren Leuten hat man

Damit keinen Fort angethan, höchstens den christlichen und anderen auch-Organisationen, die um ihre Vertretung im Gewerbeberichter kommen.

Staatsaufsicht für Kartelle. Der mehrfach laut gewordene und kürzlich durch den Centralverband deutscher Kaufleute und Industrieller wiederholte Wunsch nach einer gesetzlichen Regelung des Kartellwesens hat einen Vertreter des Centralblattes der Bahnerwerke veranlaßt, sich an maßgebender Stelle über die Anschauungen zu informieren, die in den Kreisen der Regierung hinsichtlich dieser Frage vorherrschen. Nach den erhaltenen Mitteilungen glaubt das genannte Blatt versichern zu können, daß die Regierung dem Antrage des Centralverbandes schwerlich stattgeben und sich überhaupt zu einer direkten gesetzgeberischen Maßregel gegen das Syndikatswesen vorläufig wenigstens nicht entschließen wird, vor allem aus dem Grunde nicht, weil ihr noch von keiner Seite ein verständiger Weg angegeben worden sei, der Mißbräuche im Syndikatswesen beseitigt, ohne zugleich seine Vorteile aufzuheben.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark. Am Donnerstag begann im dänischen Folkething die Beratung über den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notstandes. Aus diesem Anlaß veröffentlicht Sozialdemokraten eine Uebersicht über das Wachstum und den gegenwärtigen Umfang der Arbeitslosigkeit in Dänemark. — Von den organisierten 83000 Arbeitern waren arbeitslos:

im November 1899	5108	= 6 Prozent
" " 1900	13799	= 17 "
" " 1901	17599	= 21 "

Um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß die große Zahl der Arbeitslosen in ungünstigen Witterungsverhältnissen ihre Hauptursache habe, hat man folgende Gruppeneinteilung vorgenommen:

	Nov. 1899	Nov. 1900	Nov. 1901
Bauhandwerker	1097	3260	4448
Arbeitsmänner	2200	5900	7988
Industrie-Arbeiter	1811	4689	5188

Wie man sieht, sind die nicht von der Witterung abhängigen Arbeiter ebenso schwer getroffen, wie die erste Gruppe.

Uebrigens trägt man den Prozentsatz der organisierten Arbeitslosen auf die Gesamtzahl der Industriearbeiter Dänemarks (ca. 150000), so kommt man zu ca. 30000 Arbeitslosen. Hierzu kommt dann noch die gegenwärtig unberechenbare Anzahl Arbeitsloser in der Hausindustrie, in der Landwirtschaft und im Handel.

Im Gesamtverband der Gewerkschaften wurden an Unterstützungen Arbeitsloser gezahlt: 1900: 236112 Kronen, 1901: 320564 Kronen. Im Durchschnitt zahlte jeder Arbeiter für die Arbeitslosen 1900: 4.76 Kronen, 1901: 6.11 Kronen. Die Arbeitslosenunterstützung ist jedoch noch nicht in allen Gewerkschaften Dänemarks eingeführt, so daß sich also die von dem einzelnen Mitgliede der Gewerkschaften, die diese Unterstützungsform eingeführt haben, hierfür geleisteten Beiträge bedeutend höher stellen.

Staatliche Arbeiterfürsorge. Mit Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen spielen auch die italienischen staatlichen Unternehmer, wie folgende Depesche aus Mailand beweist: Die Angestellten der staatlichen Tabakmanufaktur haben mit dem Ausstand gedroht, wenn nicht sofort Gesundheitsmaßregeln getroffen würden. Am 21. Dezember haben 22 Cigarettenarbeiterinnen durch Nikotindämpfe Vergiftungsfälle bekommen. Es gelang nur mit größter Anstrengung, dieselben ins Leben zurückzurufen. Die Arbeiter verlangen sofortige Abstellung dieser Uebelstände.

Ein schweizerischer Unternehmer-Verband ist in der Bildung begriffen. Als Programmpunkte sind vorgesehen: Allgemeine Interessenvertretung, einheitliche Stellungnahme gegenüber den Behörden, Feststellung grundlegender Normen und gemeinsamer Schutz der Meisterchaft bei Streiks, Sperren und Boykotts, gemeinsame Stellungnahme bei Ausdehnung des Fabrik- und Saftpflichtgesetzes und anderer Arbeiterschutzgesetze, Schaffung eines eigenen ständigen Sekretariats und gemeinsame Stellungnahme in allen sozialpolitischen Fragen. Sobald vier Vereinsverbände ihren Beitritt erklärt haben, soll die Konstituierung des neuen Verbandes erfolgen.

Ein amerikanischer Elektrizitätsring. Aus Newyork wird gemeldet: Der Newyork Herald meldet: Pierpont Morgan bereite eine Vereinigung der Westinghouse Electric and Manufacturing Company in Pittsburg mit der General Electric Company mit einem Kapital von 50 Millionen Dollars vor. Die Gesellschaften haben Zweiganstalten in England, Frankreich und Deutschland, die ebenfalls in die Hände einer zu schaffenden Centralorganisation kommen sollen.

Was Arbeiterolidarität vermag. Ein ebenso erfolgreiches wie belehrendes Beispiel von echtem Gewerkschaftsgeist wird aus Whitehaven (Cumberland, an der Nordwestküste) gemeldet. Hier traten die an den Dampfstrahlen beschäftigten Maschinisten in Streik, da nicht nur ihre Forderungen um Lohnerhöhung, sondern selbst Verhandlungen mit ihren Gewerkschaftsführern abgelehnt wurden. An ihre Stelle kamen Streikbrecher. Die Dockers (Hafenarbeiter) weigerten sich, mit diesen Streikbrechern zu arbeiten und traten auch in Streik. Sie wurden gleichfalls durch Streikbrecher ersetzt. Nun erklärt man sich bereit, den Maschinisten ihre Forderungen zu bewilligen; aber diese heßen natürlich treu bei den Dockers. Die Streikbrecher haben inzwischen etwas Eisenerz ausgeladen. Aber wie es nach dem Eisenwerk von Wonsdale kommt, weigern sich die Hochofenmänner, Material zu verhütten, was von Streikbrechern berührt worden. Dasselbe geschieht in einem anderen Hüttenwerk. In einem großen Stahlwerk kamen 2700 Tonnen Spiegeleisen an. Die Eisenbahner wollten die Waggons nicht verschieben. Da dies von den Werkführern zc. besorgt wird, haben nun auch die eigentlichen Hüttenarbeiter (Federated steel and ironworkers) dieselbe Erklärung abgegeben: sie rühren kein Material an, das von Streikbrechern berührt worden.

Gewerkschaftliches.

Hildorf. Zugang nach Hildorf ist streng fernzuhalten, da hier Differenzen bestehen. Auch werden die reisenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß hier keine Reiseunterstützung mehr ausbezahlt wird.

Berlin. Achtung! Cigarrensortierer und Sortiererinnen wollen sich vor Annahme von Arbeit in Berlin an Kollegen Albert Werner, Berlin N. 58, Treckowstraße 46, Hof links wenden.

In Hilden bei Düsseldorf bestehen in der Fabrik von Heinrich Hartmann Differenzen. Zugang ist fernzuhalten. Herr Hartmann hat sämtliche bei ihm beschäftigt gewesene Kollegen gemäßregelt.

Köln. Zugang nach Köln ist fernzuhalten, da hier das Bestreben besteht, auf jegliche Art die unbehaglichen Mitglieder des Verbandes los zu werden.

Münchhof am Harz. Wegen Aussperrung sämtlicher Cigarrenarbeiter der Firma Arnold Erdbrink u. Meyer ist der Zugang nach Harzhausen und Münchhof fernzuhalten.

Drögen. Die Kollegen wollen beachten, daß bei der Firma Adolf Tendinger Lohn Differenzen bestehen.

Achtung! Alle diejenigen Kollegen, welche hier in Hadersleben oder Hadersburg in Arbeit treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse erst an den Vorstand hier in Hadersleben wenden. Schriftliche Anfragen werden gleich beantwortet. Johannes Becken, Tabakspinner, Schlachterstraße Nr. 651, Hadersleben.

Schweinitz i. S. In der Fabrik von Dick wurden pro Mille 50 Pfg. bis 2 Mk. Lohn abgezogen und das Verlangen gestellt, aus dem Verband auszutreten. Zugang ist darum fernzuhalten.

Schmölln. Da neuerdings wieder Differenzen ausgebrochen sind, ist der Zugang fernzuhalten.

Stolp i. Pomm. Ueber die Fabrik von R. Reißmann ist die Sperre verhängt, weil Lohn Differenzen bestehen. Die reisenden Kollegen werden darauf besonders aufmerksam gemacht.

Geldern. Wegen allgemeiner Arbeitslosigkeit und beschränkter Arbeitszeit ist der Zugang nach Geldern bis auf weiteres gesperrt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Stettin. Der Zugang nach Stettin ist streng fern zu halten, wegen Lohn Differenzen. Die Bevollmächtigten werden ersucht, wenn Arbeitsgesuche von Stettin einlaufen, dieselben unberücksichtigt zu lassen, und die Herberge in Kenntnis zu setzen, damit die Arbeitsgesuche dort nicht aufgelegt werden. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Templin. Die Kollegen werden ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten, da die Firma Wüstenberg ein Verbandsmitglied maßregelt. J. A.: Der Bevollmächtigte von Prenzlau.

Arbeiter-Organisation oder Desorganisation? Ein neues Gewerkschaftsorgan herauszugeben, haben die „neutralen“ Industriearbeitervereine von Hjerlohn-Lüdenscheid beschlossen. Gleichzeitig wurde auch an Stelle des auscheidenden Arbeitersekretärs Wärtens Müller-Leipzig zum Sekretär gewählt. Die Arbeiter des Kreises Hjerlohn-Lüdenscheid haben sich noch nicht den Centralverbänden der Gewerkschaften angeschlossen, sondern sind in einem „neutralen“ Industriearbeitervereine organisiert, der in sich völlig abgeschlossen ist und auch das Sekretariat unterhält. Jetzt beginnt man nun mit der Agitation für den Verein über die Grenzen des Kreises hinauszugehen. So ist bereits ein Zweigverein in Schwerte, das zum Dortmunder Wahlkreis gehört, gebildet worden. — Solchen sich „neutral“ gebärdenden Arbeitervereinigungen, die statt zu vereinigen, Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft tragen, sollte man durch energische Gegenagitation das Handwerk legen. Der Arbeiterschaft ist nicht gedient mit der äußerlichen Zusammenfassung einer möglichst großen Zahl von Indifferenzen, sondern die Organisation kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie ihre Angehörigen gleichzeitig in die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung einführt und zu zuverlässigen Kämpfern für dieselbe erzieht.

Aus dem „neutralen“ Arbeitersekretariat in Hjerlohn erhält der Vorwärts zu vorstehender Notiz, die neutralen Gewerkschaften des Kreises Altena-Hjerlohn betreffend, eine Zuschrift, der die Redaktion folgendes entnimmt:

1. Die Industriearbeitervereine sind nicht mehr und nicht weniger neutral als einige Centralverbände.
2. Die zu einem Kreisverband zusammengefaßten Vereine sind wohl formell in sich abgeschlossen, in ihren Aufgaben hingegen stehen sie in voller Konformität mit denjenigen der Centralverbände.
3. Daß wir in Schwerte einen Verein gegründet, hat darin seinen Grund, weil man seitens des Metallarbeiterverbandes — wenn wir nicht irren — schon dreimal, doch immer vergeblich versucht hat, eine Sektion zu gründen. Uns glückte gleich der erste Versuch, womit zugleich ein Damm gegen die „Christlichen“ gezogen worden ist.
4. Beitrete das Sekretariat, daß es gelte, in diesen Vereinen eine möglichst große Anzahl „Indifferenter“ zusammenzufassen.
5. Steht es fest, daß das Kreisstatut den späteren Uebergang in den Metallarbeiterverband vorsieht.

Dazu bemerkt der Vorwärts noch: Wir haben den tatsächlichen Inhalt unserer Notiz einem Parteiorgan entnommen, das gerade über die Gründung der Zahlstelle Schwerte seitens der „Neutralen“ Beschränkte führte und ihnen empfahl, lieber für Aufklärung im Kreise Altena-Hjerlohn Sorge zu tragen, als über die Grenzen dieses Kreises hinaus zersplitternd in die Arbeiterbewegung einzugreifen. Daß „einige Centralverbände“ ebenso „neutral“ sein sollen, wie die Altena-Hjerlohn Gewerkschaften, ist doch — auch wenn es wahr sein sollte — keine Entschuldigung für diese. Warum stellen die Hjerlohn die behauptete innere Konformität nicht auch äußerlich her? Ob die Indifferenzen, die dem Lockruf der „Neutralität“ gefolgt sind, später ebenso bereitwillig mit ihren Führern in das Lager der modernen Arbeiterbewegung abzuweichen werden, ist mindestens fraglich. Vielleicht muß dann die ganze bisher geleistete Arbeit der Agitation und Organisation noch einmal geleistet werden und es zeigt sich, daß die Neutralen ein gut Teil ihrer Organisationsarbeit auch für die von ihnen bekämpften „Christlichen“ geleistet haben.

Die Einigung zwischen Portefeuller- und Buchbinder-Verband wurde in der am 30. Dezember im Frankfurter Gewerkschaftshaus unter dem Vorsitz des Genossen Lejan abgehaltenen Konferenz erheblich gefördert. Der Buchbinderverband wird seinen Protest gegen die Angliederung des Portefeullerverbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften aufgeben, wenn letzterer sein Statut dahin ändert, daß nur noch Portefeuller und Leder-galanteriewerker Aufnahme finden. Auch soll dann dahin gewirkt werden, daß die Portefeuller im Buchbinderverband keine Aufnahme mehr finden. Sollte die Einigung auf dieser Grundlage erfolgen, woran wohl kaum zu zweifeln ist, so wird auch ein besseres Einvernehmen zwischen beiden Organisationen bei Lohnbewegungen herbeigeführt werden.

Am Kreuzweg. Ueberraschend schnell, so schreibt die Münchener Post, sind die christlichen Gewerkschaften am Kreuzweg angekommen. Auf der einen Seite sehen sie ihre Klassen Genossen strammen Schrittes den Kriegspfad wandeln wider den volksverderbenden Brotwucher. Sie möchten ihnen gerne folgen. Aber an der Wegscheide haben sich die Führer ihrer politischen Partei aufgestellt, die sie mit süßen Reden und sanfter Gewalt hinüberdrängen auf den mit

guten Vorzügen gepflasterten Weg der christlichen Sozialpolitik. Es ist eine schwierige Situation, in der sich die christlichen Arbeiter befinden. Unter diesen Umständen ist es gut, wenn die einzelnen Momente in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode der christlichen Organisationen festgehalten werden: es giebt gewisse Herren, die ihre viele freie Zeit hinterher auch auf diesem Gebiete in allerlei historischen Fälschungen benützen könnten und da gilt es, beizeiten vorzubeugen. Zwar unsere christlichen Freunde, deren ungetrübter Blick und objektives, nüchternes Urteilsvermögen erheblich gelitten hat unter dem in ihren Reihen herrschenden politisch-gewerkschaftlichen Durcheinander, wollen diese Notwendigkeit nicht einsehen. Auf ganz objektive Konstatierungen von wenigen Zeilen in der sozialdemokratischen Presse antworten die aufgeregten Herrschaften gewöhnlich mit spaltenlangen Artikeln, deren Schluß in der Regel darauf hinausgeht, daß man sich in unchristlichem Hochmut die „Einmischung“ der „schlecht unterrichteten“ Arbeiterpresse verbittet.

Dann weist die Münchener Post nach, wie die Treiber des Centrums den „christlichen“ Gewerkschaftlern abraten, die Beschlüsse des 11. Delegiertentages der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands zu befolgen, die der Gründung von Konsumgenossenschaften das Wort redeten. Leider werden sich aber die „christlichen“ Gewerkschaftler immer noch länger von den Centrumsagitatoren an der Nase herumführen lassen.

Das neue Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. kostet im ganzen 600 000 Mk. Der große Saal umfaßt etwa 300 Quadratmeter. Er geht durch zwei Stockwerke und besitzt eine ziemlich geräumige Galerie. Im zweiten Stock befinden sich Sitzungszimmer, das Arbeitersekretariat und Bureau von Einzelgewerkschaften. Der dritte Stock enthält die Fremdenzimmer in einfacher, sauberer Ausstattung; im Dachgeschoß befinden sich u. a. der Desinfektions- und Baderaum, Wohn- und Schlafräume für den Verwalter und das Personal. Für die billigen Logierzimmer sind im dritten und vierten Stock außer Brause- und Wannenbädern gemeinsame Waschräume hergerichtet.

Drohender Diamantarbeiterstreik in Amsterdam. Wolffs Bureau berichtet: Der Verband der Diamantarbeiter hat kürzlich seinen Mitgliedern verboten, in denselben Werkstätten mit den nichtorganisierten Arbeitern zu arbeiten. Die Arbeitgeber verlangten unter Androhung der Aussperrung sämtlicher Arbeiter die Zurücknahme jenes Verbotes, der Verband beschloß jedoch, mit 3275 gegen 491 Stimmen das Verbot aufrecht zu erhalten. Dienstag Abend fand eine Zusammenkunft der Arbeitgeber statt, deren Ergebnis noch veröffentlicht werden soll. Die Zahl der organisierten Arbeiter beträgt 6000, die der nicht organisierten 1300.

Das neue Anti-Streikomitee in Newyork wählte Hanna zum Vorsitzenden und Gompers zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden. Das Komitee, das „Industrieabteilung des nationalen Bürgerbundes“ heißt, bezweckt nach bürgerlichen Mitteilungen gleichermaßen die Verhinderung von Ausständen wie von Aussperrungen.

Berichte.

Winterwilde. Von dort wird der Süddeutschen Tabakarbeiterzeitung geschrieben: Als Folge des langen Streiks ist die Arbeitslage hier eine unerfreuliche. In der Generalversammlung des Gewerbevereins der Cigarren- und Tabakarbeiter erfolgte nach Vorlesung der Protokolle eine Besprechung des eingegangenen Generalratsprotokolls; hierauf fand Vortragswahl statt. Der bisherige Vorstand wurde durch Acclamation wiederwählt. Sodann entspannen sich Debatten über die allgemeine Lage in unserer Beruf, die recht frühe ist.

Klein-Krozenburg. Der Süddeutschen Tabakarbeiterzeitung schreibt man: Die Meldung eines Ganager Lokaltages, daß hier in der Cigarrenfabrikation Arbeiterentlassungen stattgefunden haben, ist absolut erfunden. Es handelt sich nur um eine Geschäftsaufschließung einer Firma, die ihrem Personal, deren Zahl nicht wesentlich ist, gekündigt hat. Die meisten Arbeiter haben bereits in den anderen Cigarrenfabriken Aufnahme gefunden. Von einer Geschäftsstille war bis zu den Feiertagen nichts zu merken, denn die übrigen Fabriken am Plage nahen seit Spätjahr die Arbeitszeit voll aus und arbeiteten mit Ueberstunden.

Drögen. In Nummer 12 des christlichen Gewerkschaftsblattes vom 19. Dezember 1901 war folgender Artikel, der an Gehässigkeit nichts zu wünschen übrig läßt: Die Ehrlichkeit des deutschen Tabakarbeiterverbandes. Aus Drögen am Rhein wird uns wieder eine allerliebste Nachricht gemeldet. In einer gemeinsamen Versammlung des christlichen Tabakarbeiterverbandes, Ortsgruppe Drögen am Rhein, und andererorts des deutschen Tabakarbeiterverbandes (freie Gewerkschaft) Filiale Drögen am Rhein wurde beschlossen, wegen allgemeiner schlechter Konjunktur und der damit verbundenen Arbeiterentlassungen den Zugang nach Drögen fernzuhalten und dieses gleichzeitig im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Wir haben natürlich den Versammlungsbeschluss befolgt. Aber zu unserem Erstaunen mußten wir sehen, daß der Tabakarbeiter wahrheitsgemäß wieder keinen Raum übrig hatte, um dieses zu veröffentlichen. Oder denken die Herren uns vielleicht aufs Glatteis zu führen? Oder sollte ein ähnliches terroristisches Schauspiel stattfinden wie in Ebingen, um den christlichen Verband zu vernichten und sich bei den Herren Arbeitgebern als Lieb Kind hinzustellen? Nur so weiter, Ihr Herren! Wir haben hieraus unsere Lehre gezogen und raten unseren Mitgliedern, nicht mehr gemeinschaftliche Sache zu machen, bis sich eine ehrliche Gesinnung des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zeigt.

Wir sehen uns veranlaßt, eine Nichtigstellung dieses Artikels der Wahrheit gemäß, im Tabakarbeiter wiederzugeben. Daß wir den Beschluss nach einer Fabrikbesprechung mit gefast haben, ist richtig, wir sind aber außerorts unserem Versprechen sofort nachgekommen, das beweist ja der Brief, den wir vom Vorstande zurückbekamen, wovon wir dem Vorsitzenden des christlichen Tabakarbeiterverbandes, welcher zugleich Kommissionsmitglied der Firma Kirking (Inhaber Vogel) ist, in Kenntnis setzten, der den Bericht in dem christlichen Gewerkschaftsblatt für als unerhört befand und erklärte, gegen den betreffenden Artikel Verächtigung einzuschicken und den Urheber des Artikels, der genau in Drögen bekannt ist, zur Rechenschaft zu ziehen. Da wir nun gestern abend, am 28. Dezember, Mitgliederversammlung hatten, fragte ich (Remkes) vor Ausgang aus der Fabrik den Vorsitzenden des christlichen Verbandes nochmals, ob denn schon Schritte gethan wären, um die Nichtigstellung des Artikels zu bewerkstelligen, damit wir fortan zusammenarbeiten könnten. Darauf erklärte er, es wäre noch nichts dagegen gemacht worden, er allein könne auch nichts dagegen machen. So sehen wir uns nun veranlaßt, selbst Stellung gegen diese Heße zu nehmen, damit unsere Mitglieder selbst wissen, wie wir in unserem Arbeitsverhältnis mit den Arbeitgebern fertig werden können, denn wir sehen, daß, wie dieser Fall zeigt, mit den Christlichen absolut keine gemeinsame Sache zu machen ist. Nun zurück zum Artikel im christlichen Gewerkschaftsblatt: betreffs der „Ehrlichkeit“. Waren es nicht jedesmal die Christlichen, die uns belogen haben? Waren sie es nicht, die unsere Verbandsmitglieder aus der Arbeit getrieben haben? Waren sie es nicht, die uns unser Verbandslokal abgetrieben haben? Darum rufen wir den christlichen Verbandsmitgliedern zu, löst Euch los vom christlichen Verband, dessen Ver-

